

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XIX/12

Bonn, den 3. Juli 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

Das "C" soll die CDU/CSU retten

42

Ein Taschenspielertrick des Herrn Dufhaus

Unheimlich ?

42

Die Klage der Freien Demokraten

Minister-Gehaltungen in Norwegen

45

Vermieten wird wieder lukrativ

Resseriments aus schweren Zeiten

47

NATO-Manöver in Norwegen - eine Landeswehr

Paris und Bukarest

49

Frankreichs Beziehungen mit der "lateinischen Schwester" Rumänien  
sind eine neue Etappe im west-östlichen Tauwetter  
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

3. Juli 1964

Das "G" soll die CDU/CSU retten

Ein Taschenspielertrick des Herrn Duffhues

sp - In der CDU ist man zur Zeit dabei, von den innerparteilichen Streitigkeiten durch einen altbekannten Taschenspielertrick abzulenken. Das "G" der Unionsparteien wird wieder auf den Schild gehoben, um einer staunenden Öffentlichkeit Einigkeit zu demonstrieren. Bisher hatte die CDU den Sozialdemokraten immer Weltanschauung als Grundlage ihres politischen Verhaltens vorgeworfen, obwohl offensichtlich war, daß die SPD keine Weltanschauungspartei ist. Ein Blick in das Godesberger Programm erhärtet diese Feststellung sofort. Um so größere Verwunderung könnte die Forderung des geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Duffhues nach Beibehaltung von Weltanschauungsparteien hervorrufen. Bei näherer Betrachtung wird jedoch sehr schnell der Anlaß dieses Griffes in die verstaubte Kottenkiste deutlich.

Die Leistungen der Regierung in dieser Legislaturperiode sind schwächer denn je. Außerdem besteht in den Kreisen der Christlichen Demokraten die Furcht, in einer sachlichen Diskussion mit der Opposition weder durchschlagende Argumente, noch einleuchtende Rechtfertigungen für die Versäumnisse den Wählern anbieten zu können. Diese Tatsache ist Grund genug für den Versuch, anstelle des sachlichen politischen Arguments weltanschaulich gefärbte Parolen zu setzen. Deshalb werden die Bundesbürger leider mit einer Verwilderung des Stils in der politischen Auseinandersetzung rechnen müssen. Dabei wäre gerade angesichts der Spaltung unseres Landes Sachlichkeit am Platze. Wie ist diese aber möglich, wenn ein politischer Sachverhalt mit weltanschaulichen oder ideologischen Scheuklappen betrachtet wird? Außerdem sollte man nicht übersehen, daß weltanschauliche Theesen oft dafür herhalten mußten, um fortschrittliche Entwicklungen zu unterbinden. Daß es der CDU ebenfalls darauf ankommt, die in ihren Stammwählerschichten erzielten Einbrüche der SPD aufzuhalten bzw. wieder wettzumachen, liegt auf der Hand. Das mangelnde Profil der CDU soll durch weltanschauliche Färbung vertuscht werden. Allerdings wird dies sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein. Denn all zu sehr ist diese Partei in das Bewußtsein der Menschen als Partei der schnellen Worte und langsamen Taten eingegangen.

Zwischen der Regierungserklärung des Bundeskanzlers und dem, was verwirklicht worden ist, besteht eine tiefe Kluft. Nur ja, so wird man auf Seiten der CDU denken, es sind nicht alle Hoffnungen erfüllt worden, aber der Sack der Weltanschauung ist groß genug, um viele politisch unzufriedene Wähler hineinzustecken. Die Zahl der Abgeordneten in der vergangenen Bundesversammlung war ein deutliches Beispiel, wie stark die Sozialdemokratie in den letzten Jahren an Wählern zugenommen hat und für die CDU eine ernste Warnung, daß der Wahlausgang 1965 auf des Messers Schneide steht.

+ + +

3. Juli 1964

Unheimlich ?

Die Kluge der Freien Demokraten

H 2 - "Es ist in der Tat ebenso unheimlich wie erstaunlich: Kaum taucht in der deutschen Öffentlichkeit ein Problem auf, schon liegt dazu ein SPD-Programm vor." So verkündete es in diesen Tagen die Freie Demokratische Korrespondenz, der Pressedienst der Freien Demokratischen Partei.

Den unsicher gewordenen Presseleuten in Erich Mendes Hauptquartier hat es sichlich das in der Öffentlichkeit überaus stark beachtete und durchweg positiv kommentierte 15-Punkte-Programm angetragen, das sozialdemokratische Mehrfachexperten zur Verminderung der Schwierigkeiten im Unter-Offiziers-Korps der Bundeswehr vorgelegt haben.

Die Freien Demokraten meinen in ihrer Korrespondenz die Aktualität sozialdemokratischer Vorschläge beanstanden zu müssen. Sie stellen deshalb auch die Frage, wie sich ein "solches Tempo" mit der zeitgemäß durch und durch demokratischen Willensbildung der SPD vereinbaren lassen.

Offensichtlich sind die FDP-Leute nicht (oder noch nicht) darüber informiert, daß die Schwierigkeiten bei den Unter-Offizieren keineswegs brandneu sind und in keiner Weise mit den jüngsten, alarmierenden Feststellungen des Vizeadmirals Heye direkt zu tun haben. Schon vor mehr als einem Jahr hatte Heye im Arbeitskreis Sicherheitswesen der SPD-Bundestagsfraktion auf die rund 30.000 Poststellen im Unter-Offiziers-Korps der Bundeswehr hingewiesen und gesagt, man müsse unbedingt Überlegungen anstellen, um zu einem günstigeren Verhältnis zu gelangen. Ähnliche Feststellungen haben vorher und nachher aber auch alle sozialdemokratischen und möglicherweise sogar einige freidemokratischen Mehrfachexperten getroffen, wenn sie bei der Bundeswehr Dienst taten oder mit Soldaten der Bundeswehr diskutierten.

Nun, nach monatelangen reiflichen Überlegungen, haben die Sozialdemokraten in 15 Punkten ihre konkreten Vorschläge für die Unter-Offiziere der Bundeswehr vorgelegt. Zufällig zu einem Zeitpunkt, da das ganze Problem - ausgelöst durch die Berichte des Wehrbeauftragten - in der Öffentlichkeit mehr als früher beachtet wird - sogar bei der FDP - die es bei Fragen an die Bundesregierung belassen hat.

Und diese Arbeit der SPD soll "ebenso unheimlich wie erstaunlich" sein? Für die deutsche Öffentlichkeit war das 15-Punkte-Programm weder erstaunlich noch unheimlich, das hat das Echo bewiesen. Aber daß es den Freien Demokraten unheimlich zukate wird, kann man ihnen zumindest seit jenen Tagen gerne glauben und abnehmen, seit Erich Mendes auf dem Duisburger Parteitag Delegierten und Parteiviele die programmatischen Sätze mit auf den Weg ins Bundestagswahljahr 1965 gab, wer Erhard und Schröder wolle, müsse die FDP wählen ... Das war weniger ein erstaunliches als vielmehr ein unheimliches Sofortprogramm.



Ressentiments aus schweren Zeiten

NATO-Manöver in Nordnorwegen -- ohne Bundeswehr

11. -- In Nordnorwegen findet gegenwärtig das NATO-Manöver "Nora-  
expref" statt, an dem 6 000 Soldaten aus Belgien, Italien, England,  
Amerika und Norwegen selbst teilnahmen. Norwegen besitzt im Norden  
eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion und es kam den NATO-Befehls-  
stellen darauf an, in den eisbedeckten Bergen und in der Fjord-  
Landschaft unter Bedingungen, wie es sie sonst kaum in der Welt gibt,  
eine Abwehrverteidigung zu üben. Die NATO-Konzeption geht längst da-  
von aus, daß Nordnorwegen hinsichtlich seiner Verteidigung allein  
auf sich gestellt sein würde, aber als Landbasis für die großen Nach-  
schubwege im Nordatlantik und Nordmeer eine wichtige Bedeutung besitzt.

Zu der mobilen Eingreif-Reserve, die von Spezialverbänden der  
genannten Staaten gestellt wird, gehören auch Fallschirmverbände der  
deutschen Bundeswehr, die auch kürzlich bei einer ähnlichen Übung in  
Griechenland dabei waren. Norwegen aber gab zu erkennen, daß es mit  
Rücksicht auf seine Bevölkerung besser wäre -- und vielleicht auch im  
Hinblick auf den Schruschtschow-Besuch -- wenn sich deutsche Einheiten  
nicht an dem Manöver beteiligen würden. Die NATO ist der norwegischen  
Empfehlung gefolgt. Ähnlich liegen die Dinge auch bei Übungen, die  
in Dänemark stattfinden oder im freien Spiel von gemischten Verbänden  
der Deutschen und Dänen über die Staatsgrenze hinweg verlaufen.

Dabei kann aber nicht übersehen werden, daß eine erste Phase der  
gemeinsamen Arbeit längst erreicht wurde. In Dänemark befinden sich De-  
pots für die deutsche Bundeswehr, wenn auch unter dänischer Bewachung.  
In Südnorwegen gibt es ebenfalls Depots für die Bundesmarine unter  
gleichen Bedingungen. Im NATO-Nord-Kommando in Kolsås bei Oslo und  
in den integrierten Stäben des Unterabschnitts für die Ostseeausgänge,  
Dänemark und Schleswig-Holstein, gibt es bereits Befehlshaber aus  
den Reihen der deutschen Bundeswehr.

Dennoch möchte man hier natürlich wünschen, daß auch in Kolsås  
den Deutschen höhere Kommandostellen eingeräumt und der Einfluß auf  
die Depots in Norwegen und Dänemark zugunsten der Bundeswehr erhöht  
wird. Aus rein fachmilitärischer Sicht erscheint es vorrangig zu sein,  
daß deutsche Bundeswehrseinheiten Schulter an Schulter mit ihren NATO-  
Verbündeten nun auch bald in Dänemark und Norwegen über dürfen.

Bei alledem muß aber an die Besatzungszeit des letzten Krieges  
und an den Überfall Hitlers auf Norwegen und Dänemark erinnert werden.  
Diese Zeit ist entsprechend der Mentalität der Skandinavier den Völ-  
kern und Menschen tiefer unter die Haut gegangen als woanders und hat  
die klassischen und liberalen Demokratien tief verletzt. Nach wie vor  
kommt es auf jede Äußerung eines deutschen Politikers an, die im Nor-  
den danach beurteilt wird, ob man nun Vertrager zu einem gefestigten  
demokratischen Deutschland haben kann oder nicht. Wenn deutsche Zer-  
störer am Tage des Überfalls auf Dänemark ausgerechnet in Kopenhagen  
festmachen, so ist das ein sehr großes Politikum im Norden. Es wäre  
zu wünschen, daß die Offiziere in den nördlichen NATO-Stäben und die  
Diplomaten in den Hauptstädten Skandinaviens mit noch größerer Sorg-  
falt ausgewählt würden. Dies und ein wenig Geduld wird sicher dazu  
führen, daß bald gemeinsame NATO-Manöver möglich sind.

Paris und Bukarest

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Der bevorstehende rumänische Staatsbesuch am 26. Juli, also unmittelbar nach de Gaulles letzter Pressekonferenz vor den Sommerferien, wird jetzt bereits in Paris groß herausgestellt.

Bis jetzt wurden nur zwei kommunistische Regierungschefs in Paris offiziell empfangen: Marshall Tito und Nikita Chruschtschow. Schon daran kann man die Bedeutung des rumänischen Staatsbesuches erkennen, sie wird noch dadurch verstärkt, daß Ministerpräsident Maurer von seinem Vizepräsidenten und Wirtschaftsspezialisten Burladeanu und seinem Außenminister Manescu begleitet wird, der schon vor einigen Monaten auf dem Rückweg von der UNO-Versammlung in Paris Halt machte, um hier längere Gespräche mit de Gaulles Außenminister Couve de Murville zu führen.

Maurers Rolle

Maurer spielte eine hervorragende Rolle in der Vonselbständigung der rumänischen Politik. Bis 1961 war er Vorsitzender der rumänischen Nationalversammlung und daher verfassungsmäßiger Staatspräsident. Im März 1961 wurde er Regierungschef anstelle von Gheorghiu-Dej den gegenwärtigen rumänischen Staatspräsidenten. Von da an galten die offenen Kundgebungen des wachsenden rumänischen Unabhängigkeitsdranges: Ablehnung der Wirtschaftspolitik des COMECON, Betonung der nationalen Souveränität, doppeltes Gleichgewicht einerseits zwischen Ost und West und andererseits auch in der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking.

Rumänien lehrt es ab, im Streit zwischen Chruschtschow und Mao Stellung zu nehmen. So führte Maurer eine rumänische Delegation nach China und begab sich anschliessend auch nach Moskau; Bukarest wünscht gute Beziehungen mit den beiden kommunistischen Weltmächten, ohne sich auf die These der einen oder anderen festzulegen. Dies ist eine Lehre und ein anspruchsvolles Beispiel auch für die anderen Ostblockstaaten und indirekt auch für Westeuropa.

Auf dieser Linie liegt der rumänische Besuch in Paris. Man betrachtet ihn als markantes Ereignis der europäischen Nachkriegszeit. Auf der Tagesordnung stehen die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Französisch wird heute bereits wieder als erste Fremdsprache in den rumänischen Schulen gelehrt, nach Russisch.

Weiter als Jugoslawien ...

Das Gespräch Paris-Bukarest hat aber vor allem eminent politische Bedeutung. Rumänien will mehr den je seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion unter Beweis stellen, nachdem es bereits mit Washington die Handelsbeziehungen gesteigert und den Kauf einer amerikanischen Atomzentrale beschlossen hat. Bukarest geht auf diesem Weg zur Zeit noch weiter als Jugoslawien, so daß Marshall Tito offensichtlich im Auftrage Chruschtschows kürzlich die Rumänen zu "warren" versuchte.

Für Paris ist das Gespräch mit der "lateinischen Schwester" Rumänien ein wesentlicher Schritt, den französischer Einfluß in Osteuropa wieder geltend zu machen, diesmal auf der Linie der gaulistischen Strategie eines "Europa von Atlantik bis zum Ural", parallel zur Entkolonialisierung in Afrika, zur Neutralisierung in Asien und zur Intensivierung der Beziehungen zu Lateinamerika.